



vorab per E-Mail: [REDACTED]

Bundesnetzagentur | Postfach 80 01 | 53105 Bonn

Per PZU

Amprion GmbH

[REDACTED]
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
N-CN/Gei
28.11.2023

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.02/23-025 (HKV)
4.14.03.02/23-026 (MKV)

☎ 0228
14-[REDACTED]
oder 14-0

Bonn
28.02.2024

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung der Anlagen Heizkraftwerk und Modellkraftwerk Völklingen-Fenne

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Amprion GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Robert-Schuman-Str. 7, 44263
Dortmund

- Antragstellerin -

unter Beteiligung der

STEAG GmbH, vertreten durch den Vorstand, Rütterscheider Str. 1-3, 45128 Essen

- Beteiligte-

Verfahrensbevollmächtigte: [REDACTED]
[REDACTED]

wegen

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

der Anträge auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlagen Heizkraftwerk Völklingen-Fenne (SEE987838157994) und Modellkraftwerk Völklingen-Fenne (SEE919393178787) hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 28. Februar 2024 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin vom 28.11.2023 auf Genehmigung der Ausweisung der Anlage Heizkraftwerk Völklingen-Fenne als systemrelevant im Sinne von § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG i. V. m. § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 EnWG ab dem 01.11.2024 bis zum 31.03.2031 wird genehmigt.
2. Der Antrag der Antragstellerin vom 28.11.2023 auf Genehmigung der Ausweisung der Anlage Modellkraftwerk Völklingen-Fenne als systemrelevant im Sinne von § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG i. V. m. § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 EnWG ab dem 01.11.2024 bis zum 31.03.2031 wird genehmigt.

Gründe:

I.

Die Gebote der Beteiligten hinsichtlich der von ihr betriebenen Anlagen Heizkraftwerk Völklingen-Fenne (im Folgenden: HKV) sowie Modellkraftwerk Völklingen-Fenne (im Folgenden: MKV) erhielten in der dritten Ausschreibungsrunde zur Reduzierung der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) einen Zuschlag. In der Folge wies die Antragstellerin die beiden Kraftwerksblöcke als systemrelevant aus und beantragte bei der Bundesnetzagentur, die Ausweisungen zu genehmigen. Mit Genehmigungsbescheid vom 29.08.2022 gab die Bundesnetzagentur den jeweiligen Anträgen statt. Der Genehmigungszeitraum läuft jeweils am 31.10.2024 ab.

Mit Schreiben vom 28.11.2023, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 01.12.2023, teilte die Antragstellerin mit, erneut die Systemrelevanz der Anlagen ausgewiesen zu haben, nunmehr bis zum 31.03.2031 und stellte den Antrag, diese Ausweisungen zu genehmigen. Zur Begründung stützt sich die Antragstellerin auf die Ergebnisse der Langfristanalyse der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) aus dem Jahr 2023 für das Betrachtungsjahr vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031.

Die Bundesnetzagentur hat auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG eingeleitet.

Die Beteiligte wurde zu der beabsichtigten Entscheidung mit Nachricht vom 19.12.2023 angehört und nahm ihrerseits mit Schreiben vom 19.01.2024 Stellung zum Verfahren.

Die Beteiligte führt aus, dass aufgrund akuten Personalmangels die Anlagen HKV und MKV ab dem 01.11.2024 nicht mehr verfügbar seien. Der Personalmangel führe dazu, dass die Voraussetzungen für das Stilllegungsverbot gemäß § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EnWG, die technische und rechtliche Möglichkeit des Weiterbetriebs der Anlage, nicht gegeben sei. Insbesondere sei ihr der Weiterbetrieb ab dem 01.11.2024 rechtlich unmöglich, da sie von diesem Datum an die Schichten nicht mehr mit der Mindestanzahl an Personal gemäß der für die Anlagen geltenden arbeitsschutzrechtlichen Gefährdungsbeurteilung besetzen könne. Infolge der Unterschreitung der Mindestbesetzungsvorgaben sei die Beteiligte berechtigt und aus Gründen des Schutzes der Arbeitnehmer verpflichtet, den Betrieb der Anlage zu unterlassen.

Die Beteiligte vertritt den Standpunkt, dass die Pflicht des Anlagenbetreibers, die Betriebsbereitschaft nach § 13b Abs. 5 Satz 11, Abs. 4 EnWG sicherzustellen, keine „Ergebnispflicht“ sei, sondern bereits erfüllt sei, wenn der Anlagenbetreiber alles ihm Mögliche und Zumutbare unternommen habe, um den Personalbedarf bestmöglich vorherzusagen und zu decken. Die Beteiligte gibt an, alle zumutbaren Möglichkeiten der Personalbeschaffung ausgeschöpft zu haben, wobei es ihr nicht gelungen sei, den Abbau des Kraftwerkpersonals zu verhindern bzw. auszugleichen. Hierzu gehörten interne und externe Stellenausschreibungen, Übernahmeangebote gegenüber geeigneten Leiharbeitern sowie die Durchführung von Jobmessen zur Gewinnung von Nachwuchskräften. Weiter führt sie aus, dass selbst wenn die Einstellung qualifizierter Mitarbeiter mit einer Grundausbildung als Handwerker gelänge, diese nicht unmittelbar in den Funktionen Teamleiter und Pultfahrer einsetzbar seien. Bereits die Tätigkeit des Pultfahrers erfordere eine praktische Vor-Ort-Ausbildung von mindestens drei Jahren unter der Aufsicht erfahrenen Kraftwerkspersonals.

Zudem sei es der Anlagenbetreiberin nicht zumutbar, Arbeitsentgelte anzubieten, die die tarifvertraglichen Entgeltstandards und bestehende Individualvereinbarungen für entsprechende Tätigkeiten übersteigen, um die Angebote attraktiver zu machen. Die Unzumutbarkeit liege darin, dass hierdurch Kannibalisierungseffekte mit anderen Kraftwerksstandorten eintreten und der Betriebsfrieden nachhaltig gestört werde.

Die Beteiligte ist der Ansicht, dass die Bundesnetzagentur im Rahmen der Genehmigungsentscheidung über die Systemrelevanzausweisung von HKV und MKV zu berücksichtigen habe, dass

zu wenig Personal für den Weiterbetrieb der Anlagen verfügbar sei. Berücksichtigte die Bundesnetzagentur diesen Umstand, könne dies nur zu dem Ergebnis führen, dass die Systemrelevanzausweisungen der beiden Blöcke durch die Antragstellerin nicht genehmigungsfähig seien. Sie argumentiert, dass aus Sinn und Zweck des in § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EnWG geregelten Genehmigungsvorbehalts über die Systemrelevanzausweisung folge, dass die Bundesnetzagentur berechtigt und verpflichtet sei, zu überprüfen, ob die als systemrelevant identifizierten Kraftwerke tatsächlich auch eingesetzt werden könnten. Dem Sinn und Zweck der Vorschrift, die Sicherheit des Elektrizitätsversorgungssystems zu gewährleisten, würde die Bundesnetzagentur nicht gerecht werden, wenn sie technische oder rechtliche Hindernisse, die dem Weiterbetrieb des als systemrelevant erkannten Kraftwerks entgegenstehen, im Rahmen ihrer Genehmigungsentscheidung unberücksichtigt lasse. In der Konsequenz könnte die Nichtberücksichtigung tatsächlicher oder rechtlicher Ausschlussgründe dazu führen, dass zwar eine große Zahl an Netzreservekraftwerken vorhanden wäre, diese aber tatsächlich keine Kapazitäten zur Sicherstellung der Netzstabilität bereitstellen könnten.

Die Beteiligte erklärt, dass ihr der Weiterbetrieb der beiden Anlagen, auch im Alternativverhältnis, im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EnWG technisch nicht möglich sei. Auch dieser Umstand müsse von der Bundesnetzagentur im Rahmen der Systemrelevanzgenehmigung berücksichtigt werden, vorliegend mit dem Ergebnis, dass die beantragte Genehmigung nicht erteilt werden könne. So könnten beide Anlagen für die Dauer von ca. drei Jahren aufgrund der notwendigen Instandsetzungsarbeiten nicht betrieben werden. Insgesamt sei mit Kosten für die Instandsetzung der Anlagen in Höhe von insgesamt ca. [REDACTED] Euro zu rechnen. Bestandteil dieser Summe seien auch die Kosten für eine Nachrüstung, die erforderlich sei, damit die Ammonium-Grenzwerte gemäß der Wasser-Rahmen-Richtlinie bei dem Betrieb der Anlage eingehalten werden können.

Die Beteiligte äußert Zweifel, ob der absehbare finanzielle Aufwand für die Instandsetzung angesichts der Nichtverfügbarkeit der Anlage während der Arbeiten und der unzureichenden Personalausstattung noch als ein verhältnismäßiger Aufwand für die Herstellung der technischen Betriebsmöglichkeit im Sinne von § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EnWG gesehen werden könne.

HKV und MKV seien zudem nicht systemrelevant im Sinne des § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, da die Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung der beiden Blöcke durch andere angemessene Maßnahmen als das Stilllegungsverbot beseitigt werden könne. So lasse sich die Netzreservebedarfsfeststellung der Bundesnetzagentur vom 31.05.2023 bezüglich des Betrachtungszeitraum vom 01.04.2025 bis zum 31.03.2026 entnehmen, dass die Übertragungsnetzbetreiber die Gefährdung der Sicherheit des Elektrizitätsversorgungssystems durch den Wegfall der beiden Anlagen mittels einer frühzeitigen Sicherung der erforderlichen Redispatchleistung im Ausland beseitigen könnte. Lediglich aus

Gründen zur Vermeidung unnötiger Kosten lehne es die Bundesnetzagentur ab, bereits jetzt die aus dem Ausland benötigte Redispatchleistung zur Deckung des Netzreservebedarfs zu beschaffen.

Die Beteiligte merkt an, dass sich in der Langfristanalyse der Übertragungsnetzbetreiber aus dem Jahr 2023, auf welche die Antragstellerin ihren Genehmigungsantrag stütze, keine nachvollziehbare Berechnungsgrundlage finde, aus der hervorgehe, wie die Antragstellerin zu dem Ergebnis komme, dass beide Anlagen bis zum 31.03.2031 systemrelevant seien.

Weiter verweist sie auf den Bericht zur Netzreservebedarfsfeststellung vom 31.05.2023 für den Zeitraum vom 01.04.2025 bis zum 31.03.2026, der eine Übersicht enthalte, welche Netzreservekraftwerke aus dem Inland zur Deckung des Netzreservebedarfs eingesetzt würden. Aus der Übersicht gehe hervor, dass am Standort Völklingen ausschließlich das MKV als einsetzbares Netzreservekraftwerk unterstellt werde. Dies zeige, dass selbst die Antragstellerin nicht davon ausgehe, dass das HKV einsetzbar sei.

Schließlich trägt die Beteiligte vor, dass in Fällen einer geplanten endgültigen Stilllegung gemäß § 13b Abs. 5 EnWG nur eine einmalige Systemrelevanzausweisung für 24 Monate oder, soweit erforderlich, für einen längeren Zeitraum erfolgen dürfe. Mehrfache, sich hintereinander reihende Systemrelevanzausweisungen lasse das Gesetz nicht zu. Da die hier gegenständliche Systemrelevanzausweisung die zweite Ausweisung im Regime der endgültigen Stilllegung darstelle, sei diese rechtswidrig.

Hilfsweise trägt die Beteiligte vor, sollte den Anträgen der Antragstellerin stattgegeben werden, die Genehmigungsbescheide mit einer auflösenden Bedingung oder einem Widerrufsvorbehalt zu versehen seien. Das aus der Genehmigungsentscheidung folgende Stilllegungsverbot der genannten Anlagen müsse beseitigt werden, wenn hierdurch im Zusammenhang mit der Umsetzung der Kraftwerksstrategie der Bundesregierung der Neubau von Gaskraftwerken am Standort Völklingen verhindert werde.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Den Anträgen auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlagen HKV und MKV wird stattgegeben. Die zulässigen Anträge sind begründet, da die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG in Verbindung mit §§ 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EnWG vorliegen. Der Zeitraum der genehmigten Systemrelevanzausweisung beginnt am 01.11.2024 und endet am 31.03.2031.

1.

Die Kraftwerksblöcke HKV und MKV sind systemrelevant im Sinne von § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG in Verbindung mit § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, da der Wegfall der Erzeugungsleistung beider Anlagen infolge des gemäß § 51 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Abs. 2 Nr. 1c) KVBG am 01.11.2024 wieder wirksam werdenden Kohleverfeuerungsverbots mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann.

a)

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge des Kohleverfeuerungsverbots ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlagen in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind. Dies stellt eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV dar. Nach der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist eine Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems gegeben, wenn die jeweilige Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) der maßgeblichen Systemanalyse der ÜNB zum Redispatch herangezogen wird (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 73 f.).

Vorliegend konnte die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung von HKV und MKV auf die Redispatch-Berechnung der im Jahr 2023 veröffentlichten Langfristanalyse der ÜNB für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 stützen¹. Aus den Berechnungen geht hervor, dass die genannten Anlagen in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) in beiden Netzausbauszenarien der entsprechenden Untersuchung zum strombedingten Redispatch eingesetzt werden.

In der Langfristanalyse erfolgt für zwei Netzausbauvarianten die Identifizierung der konkreten Kraftwerke, die im Inland zur Deckung des Netzreservebedarfs von den ÜNB benötigt werden. Eine Variante unterstellt für das Jahr 2031 einen Netzausbauzustand, der von einem deutlichen Netzausbaufortschritt bis zum Jahr 2031 ausgeht („Netzausbauvariante A: progressiver Fortschritt des Netzausbaus“). In dem zweiten Szenario wird dahingehend für das Jahr 2031 ein Netzausbauzustand angenommen, der auf realistischen Planungen basiert („Netzausbauvariante B: konservativer Netzausbauzustand“).

Die in der Langfristanalyse verwendete Methodik entspricht der Methode der Systemanalyse der

¹ Die entsprechenden Unterlagen sind abrufbar unter: <https://www.netztransparenz.de/Weitere-Veroeffentlichungen/Studie-zum-beschleunigten-Kohleausstieg-bis-2030>

ÜNB gemäß § 3 NetzResV, d.h. die Eingangsparameter für diese Untersuchung sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 5 NetzResV zuvor von der Bundesnetzagentur geprüft und freigegeben worden.

Die Antragstellerin begründet die Systemrelevanz der Anlagen HKV und MKV damit, dass diese in beiden Grenzsituationen des Betrachtungszeitraums vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 zum Redispatch eingesetzt werden. In Netzausbauvariante A handelt es sich hierbei um die Stunde 249, in Netzausbauvariante B ist dies die Stunde 273² des Betrachtungszeitraums.

Der Einwand der Beteiligten, dass sich in der Langfristanalyse der ÜNB keine nachvollziehbare Berechnungsgrundlage finde, aus der hervorgehe, wie die Antragstellerin zu dem Ergebnis komme, dass beide Anlagen bis zum 31.03.2031 systemrelevant seien, greift nicht durch.

Neben der Prüfung der Eingangsparameter der Langfristanalyse hat die Prüfung der dort vorgenommenen Markt- und Netzberechnungen der ÜNB ergeben, dass die Angaben der Antragstellerin über die Anforderungen der Anlagen zum strombedingten Redispatch zutreffen. Aus den Daten, die die Bundesnetzagentur von den ÜNB erhalten hat, geht hervor, dass das von den ÜNB verwendete Berechnungsprogramm, welche Erzeugungsanlagen zum Redispatch heranzuziehen sind, den Einsatz von HKV und MKV in der Grenzsituation beider Netzausbauvarianten als notwendig anzeigt.

b)

Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass der Wegfall der Erzeugungsleistung von HKV und MKV infolge des Kohleverfeuerungsverbots mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungs-

² Vgl. Teilpaket 2 zur Langfristanalyse 2030 (exemplarische quantitative Netzanalyse), insbesondere Seite 147, abrufbar unter: <https://www.netztransparenz.de/Weitere-Veroeffentlichungen/Studie-zum-beschleunigten-Kohleausstieg-bis-2030>.

systems führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

2.

Aus § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EnWG folgt, dass die Bundesnetzagentur im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nur die Systemrelevanz der betreffenden Anlagen zu prüfen hat und dementsprechend die Genehmigungsentscheidung ausschließlich davon abhängt, ob die Systemrelevanz gegeben ist. Der Ansicht der Beteiligten, wonach die Bundesnetzagentur über den Wortlaut des § 13 Abs. 2 Satz 2, Abs. 5. Satz 1 Nr. 2 EnWG hinaus im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zudem zu prüfen und in ihre Genehmigungsentscheidung einfließen zu lassen habe, ob im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EnWG der Weiterbetrieb der Erzeugungsanlage technisch oder rechtlich möglich sei, ist dagegen nicht zu folgen.

Schon der Wortlaut des § 13b Abs. 5 EnWG stellt eindeutig und allein auf die Ausweisung der Systemrelevanz ab, die durch die Bundesnetzagentur zu prüfen und durch die Antragstellerin darzulegen ist.

Neben dem Wortlaut spricht auch die Regelungssystematik des § 13b Abs. 5. Satz 1 EnWG dafür, dass die technische und rechtliche Möglichkeit des Weiterbetriebs nicht im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen sind, da sie als eigenständige Tatbestandsvoraussetzungen des Stilllegungsverbots der betreffenden Anlage in Ziffer 3 der Vorschrift enthalten sind, gesondert zu den Ziffern 1 und 2, welche die Systemrelevanz der Anlage betreffen (vgl. dazu auch König, in: Säcker, Berliner Kommentar zum Energierecht, 4. Auflage, 2019, § 13b Rn. 34f.).

Erhellend mit Blick auf den Prüfungsumfang bei der Systemrelevanzprüfung der Bundesnetzagentur ist zudem der Vergleich des § 13b Abs. 5. Satz 1 Nr. 2 EnWG mit § 13b Abs. 4 EnWG. So hat der Gesetzgeber die Untersagung einer geplanten vorläufigen Kraftwerksstilllegung aufgrund der geringeren Eingriffstiefe in die Grundrechte der Kraftwerksbetreiber konsequenterweise nicht

unter den Genehmigungsvorbehalt der Bundesnetzagentur gestellt, sondern den Übertragungsnetzbetreibern die Befugnis übertragen, die Stilllegungsuntersagung selbst direkt gegenüber den Kraftwerksbetreibern zu verfügen und durchzusetzen. Bei der Untersagung der geplanten vorläufigen Stilllegung überprüft der Übertragungsnetzbetreiber ebenfalls nicht, ob im Fall einer Stilllegungsuntersagung der Weiterbetrieb der betroffenen Anlagen aus technischen und rechtlichen Gründen möglich bzw. unmöglich ist. Auch der Übertragungsnetzbetreiber ist auf die Prüfung der Systemrelevanz beschränkt. Eine Prüfung der technischen und rechtlichen Möglichkeit des Weiterbetriebs des Kraftwerks stellt ein Risiko dafür dar, dass der Übertragungsnetzbetreiber seiner Systemverantwortung effektiv nachkommen kann. Die Regelungen über die Gewährleistung der Systemsicherheit durch den Übertragungsnetzbetreiber, wie etwa § 13a Abs. 1 oder § 13 Abs. 2 EnWG, sind dadurch geprägt, dass Kraftwerksbetreiber und sonstige Marktakteure von den Übertragungsnetzbetreibern unmittelbar zu einem bestimmten Verhalten herangezogen werden und hierbei in deren Rechte eingegriffen werden darf, um sicherzustellen, dass ein stabiler Netzbetrieb gewährleistet werden kann. Rechtliche oder technische Restriktionen der Anlagen sind Umstände, deren Vorliegen ggf. im Nachgang, d.h. im vorliegenden Fall im Anschluss an eine Stilllegungsuntersagung bilateral zwischen Übertragungsnetzbetreiber und Kraftwerksbetreiber zu erörtern sind.

Letztlich kommt es bei der Auslegung entscheidend darauf an, welchen Zweck das Gesetz mit dem Prüfungs- und Genehmigungsvorbehalt der Bundesnetzagentur bezüglich der Systemrelevanz verfolgt. Der Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG sowie die Eigentumsfreiheit nach Art. 14 Abs. 1 GG und sowie die Dauer dieser Grundrechtseingriffe durch die Untersagung der endgültigen Stilllegung wiegen so schwer, dass es zur Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs ausnahmsweise zusätzlich der Kontrolle und Legitimation durch eine hoheitliche Stelle bedarf. Rechtfertigungsgrund für den Grundrechtseingriff ist das überragende öffentliche Interesse an der Stromversorgungssicherheit. Die technische und rechtliche Möglichkeit des Weiterbetriebs des Kraftwerks stellt dagegen keinen Rechtfertigungsgrund für den Grundrechtseingriff dar und bleibt daher bei der behördlichen Kontrolle des Eingriffs in die Berufsausübungs- und Eigentumsfreiheit unberücksichtigt.

Auch im Fall der geplanten endgültigen Stilllegung ist es geboten und ohne weiteres zumutbar, dass Kraftwerksbetreiber die Beurteilung der Frage, ob der Betrieb des Kraftwerkes technisch und rechtlich möglich bzw. unmöglich ist, nachgelagert zur Genehmigung der Systemrelevanz durch die Bundesnetzagentur bilateral gegenüber dem Übertragungsnetzbetreiber darlegen und nachweisen. Das Prüfungsprogramm der Behörde dagegen auf Punkte auszudehnen, welche die Beteiligten sehr gut selbst beurteilen und im bilateralen Verhältnis zur Antragstellerin darlegen kann,

ist dagegen weder erforderlich noch zweckmäßig. Im Hinblick auf den Tatbestand der Systemrelevanz ist die Beteiligte gerade nicht in der Lage, gegenüber der Antragstellerin darzulegen und nachzuweisen, ob diese im Einzelfall gegeben ist. Ohne fundierte netztechnische Kenntnisse und Einblicke in die Datengrundlagen der Übertragungsnetzbetreiber können Dritte die Frage der Systemrelevanz schwerlich zutreffend beurteilen. Zudem kann eine rechtssichere Entscheidung über die rechtliche oder technische Möglichkeit nur von der zuständigen Behörde getroffen werden. Mit Blick auf ihr Wissen und die ihr verfügbaren Erkenntnismittel ist die Rolle der Bundesnetzagentur daher auf die Prüfung der netztechnischen Bedeutung eines Kraftwerks beschränkt. Der Vortrag der Beteiligten zur rechtlichen und technischen Unmöglichkeit des Weiterbetriebs ist gegenüber der Antragstellerin als Einwendung gegen die Verpflichtung zum Weiterbetrieb der Anlage geltend zu machen.

Wenn die Bundesnetzagentur die Genehmigungsentscheidung der Systemrelevanz davon abhängig hätte machen sollen, ob der Anlagenbetreiber rechtliche oder tatsächliche Umstände darlegt, die dem Weiterbetrieb der Anlage entgegenstehen, hätte es nahegelegen, dies im Gesetz dadurch klarzustellen, dass die Bundesnetzagentur das Stilllegungsverbot bestätigt. Diesen Schritt ist der Gesetzgeber gerade nicht gegangen.

Die Beteiligte führt aus, der Zweck der Stilllegungsuntersagung bei Systemrelevanz gemäß § 13b EnWG bestehe darin, die ÜNB zu unterstützen, die Sicherheit des Elektrizitätsversorgungssystems zu gewährleisten. Tatsächlich geht der Zweck selbstverständlich über die schlichte Unterstützung hinaus. Der Zugriff auf Kraftwerkskapazitäten ist geradezu essentiell, um die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist wiederum auch zu berücksichtigen, dass die Bundesnetzagentur für die Prüfung der oder gar eine Entscheidung über die technische und rechtliche Möglichkeit des Weiterbetriebs einer Anlage nicht die zuständige Behörde ist. Würde sich die Bundesnetzagentur eine Entscheidungskompetenz in dieser Sache anmaßen, griffe sie in den Zuständigkeitsbereich von nach Landesrecht für diese Fragen zuständigen Behörden ein. Dies bestätigt sich auch durch den weiteren Gehalt von § 13b Abs. 5 EnWG, der nähere Bestimmungen nur bezüglich der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung in § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EnWG trifft, aber sich nicht weiter zur technischen oder rechtlichen Möglichkeit des Weiterbetriebs i.S.v. § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EnWG verhält.

Der durch das Rechtsverständnis der Beteiligten drohende Verlust von Kraftwerkleistung, der infolge der vorschnellen Außerbetriebnahme ggf. nicht wieder rückgängig zu machen ist, stellt ein deutlich größeres Risiko für die Versorgungssicherheit dar, als der von der Beteiligten befürchtete Umstand, dass die Leistung der von den ÜNB und der Bundesnetzagentur als systemrelevant erkannten Kraftwerke nicht notwendigerweise deckungsgleich ist mit der tatsächlich verfügbaren

Leistung dieser Kraftwerke. Vielmehr wird der Regelungszweck des § 13b EnWG durch eine Rechtsanwendung erreicht, die darauf gerichtet ist, den Verlust der Erzeugungsleistung zu verhindern und den Betreiber zu verpflichten, eine mögliche fehlende Betriebsbereitschaft seiner Anlage wieder herzustellen. Auch wenn technische oder rechtliche Umstände vorlägen, die der Betriebsbereitschaftshaltung des Kraftwerks entgegenstünden, ist es mit Blick auf das überragende öffentliche Interesse an der Versorgungssicherheit geboten, den Anlagenbetreiber durch die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu verpflichten, die technischen oder rechtlichen Hinderungsgründe zu beseitigen und hierdurch die Anlage wieder in Betriebsbereitschaft zu versetzen. Beispielsweise kann ein Weiterbetrieb rechtlich nicht mehr möglich sein, wenn eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung ausgelaufen ist oder dies kurz bevorsteht und eine neue Genehmigung nicht eingeholt werden kann. Erst durch die Systemrelevanzausweisung und deren Genehmigung entsteht der rechtlich abgesicherte Handlungsdruck auf den Betreiber, sich um eine Verlängerung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bemühen, eine Ausnahmeregelung oder gar eine Neugenehmigung der betroffenen Anlage zu erwirken. Auch ein Personalengpass mag temporär dazu führen, dass eine Anlage teilweise oder vollständig nicht verfügbar ist, was den Anlagenbetreiber dazu veranlassen kann, den Weiterbetrieb seiner Anlage für rechtlich unmöglich zu erklären. Jedoch ist denkbar, dass ein Personalengpass nur vorübergehender Natur ist und der Betreiber in der Lage ist, nachdem ausreichend Personal nachbesetzt worden ist, die Anlage weiter zu betreiben. Um auch im Fall eines Personalengpasses ein Kraftwerk nicht leichtfertig und vorschnell zu verlieren, ist es angezeigt, den Betreiber durch die Genehmigung der Systemrelevanz anzuhalten, eine ggf. nur temporär bestehende rechtliche oder technische Unmöglichkeit zu beseitigen.

Zu bedenken ist auch, dass die Bundesnetzagentur im Rahmen des Genehmigungsverfahrens kaum in der Lage ist, den Vortrag der Anlagenbetreiber über eine technische oder rechtliche Unmöglichkeit, jedenfalls in einem vertretbaren Zeitrahmen, umfassend zu bewerten. Verlangte man eine Prüfung und Berücksichtigung der rechtlichen und technischen Umstände, ginge dies auf Kosten der Effektivität der Abwehr einer Gefahr für die Versorgungssicherheit, da das Stilllegungsverbot und die Pflicht zur Betriebsbereitschaftsherstellung unter zusätzliche Voraussetzungen gestellt würde, deren Prüfung und ggf. Berücksichtigung vereitelt, dass möglichst rasch Maßnahmen zur Herstellung der Betriebsbereitschaft getroffen werden. Am Beispiel des Personalmangels wird deutlich, dass es einen erheblichen Prüfungsaufwand für die Behörde bedeuten würde, festzustellen, ob die vorgebrachten technischen oder rechtlichen Hindernisse tatsächlich nicht beseitigt werden können oder ob es möglich ist, die Betriebsbereitschaft doch noch wiederherzustellen.

Der Gesetzgeber räumt dem Prinzip der Effektivität der Gefahrenabwehr durch Aufnahme der Regelung über die Genehmigungsfiktion gemäß § 13b Abs. 5 Satz 6 EnWG Vorrang gegenüber

den Interessen der Kraftwerksbetreiber ein. Mit der Regelung nach § 13b Abs. 5 Satz 6 EnWG will der Gesetzgeber sicherstellen, dass möglichst rasch Rechtsklarheit besteht, ob dem Anlagenbetreiber die Stilllegung seiner Anlage untersagt ist und ob die Verpflichtung entsteht, eine etwaig fehlende Betriebsbereitschaft des betroffenen Kraftwerks wiederherzustellen. Zu diesem Regelungskonzept passt es nicht, wenn das Verwaltungsverfahren, das nach dem Willen des Gesetzgebers sehr zügig durchzuführen ist, auch die Prüfung der technischen und rechtlichen Möglichkeit des Weiterbetriebs umfassen würde. Im Übrigen steht der Eintritt der Genehmigungsfiktion auch nicht unter der Voraussetzung, dass der Weiterbetrieb der Anlage rechtlich und technisch möglich ist, woraus sich im Umkehrschluss schlussfolgern lässt, dass die Genehmigungserteilung durch die Behörde selbst ebenfalls nur unter der Voraussetzung der Systemrelevanz stehen soll.

3.

Der von der Beteiligten vorgetragene Personalmangel am Standort Völklingen ist ein Umstand, der sich auf die Frage der rechtlichen und technischen Möglichkeit des Weiterbetriebs der Anlage im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EnWG bezieht und daher nicht Gegenstand des vorliegenden Genehmigungsverfahrens ist.

Zwar mag es sich bei der Verpflichtung der (Wieder-) Herstellung der Betriebsbereitschaft nach § 13b Abs. 5 Satz 11, Abs. 4 EnWG um keine „Ergebnispflicht“ handeln und diese Pflicht bereits erfüllt sein, wenn der Anlagenbetreiber alles ihm Mögliche und Zumutbare unternommen habe, um den Personalbedarf bestmöglich vorherzusagen und zu decken. Ob die Beteiligte jedoch alle zumutbaren Möglichkeiten der Personalbeschaffung ausgeschöpft hat, um den Abbau des Kraftwerkpersonals zu verhindern bzw. auszugleichen, hat die Bundesnetzagentur, wie dargelegt, jedoch nicht zu überprüfen und bei ihrer Genehmigungsentscheidung nicht zu berücksichtigen.

Grundsätzlich bestehen im Hinblick auf das überragende öffentliche Interesse an der Versorgungssicherheit erhebliche Bedenken, ob die Berufung auf Personalmangel den Tatbestand der rechtlichen Unmöglichkeit des Weiterbetriebs der Anlage im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EnWG erfüllen kann. Unter keinen Umständen darf die Berufung auf den Personalmangel dazu führen, dass der Kraftwerksbetreiber seine als systemrelevant ausgewiesene und genehmigte Anlage eigenmächtig stilllegt. Diese Gefahr besteht jedoch, wenn es im Ermessen des Kraftwerksbetreibers stünde, festzustellen, alle zumutbaren Mittel der Personalbeschaffung ausgeschöpft zu haben. Die Beteiligte nimmt für sich in Anspruch, diese Feststellung selbst zu treffen, mit dem Ziel ihre Anlage endgültig außer Betrieb zu nehmen. Ein solches Vorgehen, das sich faktisch als eigenmächtige Stilllegung beschreiben lässt, ist mit Blick auf die Bedeutung der Anlagen HKV und MKV für die Versorgungssicherheit nicht hinnehmbar. Die Pflicht zur Personalbeschaffung als Ausprägung der Pflicht zur Betriebsbereitschaftshaltung ist eine Daueraufgabe, die sich über den

gesamten Genehmigungszeitraum erstreckt. Hieraus folgt, dass der Kraftwerksbetreiber sich nicht darauf berufen kann, zu einem bestimmten Zeitpunkt über zu wenig Personal zu verfügen und in der Folge auf weitere Bemühungen der Personalbeschaffung, sei es durch Einstellung externer Fachkräfte, sei es durch interne Ausbildung und Schulung, zu verzichten. Durch ein solches Verhalten würde er sich der Pflicht zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft entziehen. Stattdessen ist der Anlagenbetreiber verpflichtet, auch nach erfolglosen Versuchen der Personalgewinnung die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte fortzusetzen. So führt die Beteiligte zwar aus, sie habe ohne Erfolg interne und externe Stellenausschreibungen durchgeführt, geeigneten Leiharbeitern Übernahmeangebote unterbreitet, sowie an Jobmessen zur Gewinnung von Nachwuchskräften mitgewirkt. Aus dem Vortrag der Beteiligten geht jedoch nicht hervor, ob sich nach diesen erfolglosen Versuchen weitere Maßnahmen zur Personalbeschaffung und Qualifizierung angeschlossen haben. Hierzu ist die Beteiligte jedoch aufgrund des aktuell wirksamen Genehmigungsbescheids weiterhin verpflichtet.

4.

Die Ausführungen der Beteiligten zur Reparaturbedürftigkeit von HKV und MKV, welche zu einer dreijährigen Nichtverfügbarkeit beider Blöcke während des Reparaturzeitraums führten und Kosten von insgesamt ca. [REDACTED] Euro verursachten, stellen Umstände dar, die den Gesichtspunkt der technischen Möglichkeit des Weiterbetriebs im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EnWG betreffen und daher im Rahmen der Entscheidung über die Genehmigung der Systemrelevanz unberücksichtigt bleiben.

Unabhängig hiervon lässt sich dem Vortrag der Beteiligten jedoch entnehmen, dass diese selbst davon ausgeht, dass der Weiterbetrieb der beiden Anlagen technisch möglich ist, nachdem die erforderlichen Reparaturarbeiten abgeschlossen sind.

Nicht geteilt wird die Ansicht der Beteiligten, dass die Durchführung der Reparaturmaßnahmen aufgrund der hohen Kosten bei gleichzeitigem Personalmangel unverhältnismäßig sei. Die Beteiligte hat die Kosten für die Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft im Zusammenhang mit den Reparaturmaßnahmen nicht selbst zu tragen, sondern kann die Erstattung dieser Kosten von der Antragstellerin verlangen, sodass die Genehmigungsentscheidung bzw. die hiermit verbundene Rechtsfolge der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft keine unverhältnismäßige Maßnahme gegenüber der Beteiligten darstellt.

5.

Zu widersprechen ist der Ansicht der Beteiligten, dass die frühzeitige Beschaffung von Kraftwerksleistung für Redispatchmaßnahmen aus dem Ausland ein milderes Mittel darstelle als das durch

die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung vermittelte Stilllegungsverbot von MKV und HKV. Zutreffend ist, dass die Übertragungsnetzbetreiber und die Bundesnetzagentur davon abgesehen haben, bereits im Vorgriff auf zukünftige Winterhalbjahre, hier den Winter 2025/2026, Verträge mit Kraftwerksbetreibern aus dem Ausland über die Bereitstellung von Erzeugungsleistung zur Durchführung von Redispatchmaßnahmen abzuschließen, um Kosten, die über die Netzentgelte refinanziert werden, zu sparen. Denn je weiter im Voraus derartige Verträge zwischen Übertragungsnetzbetreibern und Kraftwerksbetreibern aus dem Ausland geschlossen werden, desto höhere Preise fielen in der Vergangenheit an. Das Kostenargument ist jedoch ohnehin nur ein temporäres. Die Beteiligte erkennt, dass die Beschaffung von Redispatchleistung aus dem Ausland im Vergleich zur Nutzung von Kraftwerken im Inland keine gleich geeignete Alternative zum Stilllegungsverbot systemrelevanter Kraftwerke darstellt und infolgedessen weder als milderes Mittel zur Systemrelevanzausweisung noch als milderes Mittel zum kraft Gesetzes eintretenden Stilllegungsverbot in Betracht kommt. Kraftwerke im Inland haben einen höheren Wert für die Übertragungsnetzbetreiber bei der Betriebsführung, da die rechtlichen Einwirkungsmöglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber auf die Netzreservekraftwerke im Inland viel stärker ausgeprägt sind als gegenüber Kraftwerksbetreibern aus dem Ausland. Zudem unterstützt die Bundesnetzagentur die Übertragungsnetzbetreiber bei ihrer Aufgabe, die Systemverantwortung wahrzunehmen, indem sie ggf. rechtliche Maßnahmen gegen die Kraftwerksbetreiber im Inland ergreifen kann. Die Kraftwerksbetreiber aus dem Ausland sind dagegen spiegelbildlich primär den dortigen Netzbetreibern und Aufsichtsbehörden rechtlich verpflichtet. Dies wirkt sich dahingehend aus, dass Anlagenbetreiber aus dem Ausland ihre Leistung unter dem Vorbehalt anbieten, dass im Einzelfall keine Intervention des ausländischen Netzbetreibers oder der dortigen Aufsichtsbehörde gegen den Redispatcheinsatz erfolgt. Zudem ist unsicher, wie sich der Kraftwerkspark im benachbarten Ausland in der Zukunft entwickelt. Die Strategie, Kraftwerke im Inland nicht zu nutzen und in die Stilllegung zu entlassen, wie es die Antragstellerin für HKV und MKV begehrt, hat den Nachteil, dass die Abhängigkeit der Netzsicherheit in Deutschland schrittweise weiter zunimmt, wobei insbesondere nicht absehbar ist, in welcher Größenordnung mittelfristig Erzeugungsleistung verfügbar sein wird. Schließlich ist der Rückgriff auf ausländische Erzeugungsleistung auch deshalb kein gleich geeignetes Mittel, da inländische Netzreserveanlagen in der Regel netztechnisch effizienter eingesetzt werden können, als Anlagen, die aus netztopologischer Sicht weiter von dem Netzgebiet entfernt liegen, in dem Netzüberlastungen drohen. Werden diese weiter entfernt liegenden Anlagen zum Redispatcheinsatz angefordert, so fällt in der Regel das Redispatchvolumen, das im Einzelfall zu erbringen ist, größer aus, als die Redispatcharbeit, die von Kraftwerken im Inland zu leisten wäre.

6.

Die Beteiligte wendet ein, dass die Systemrelevanzausweisungen von MKV und HKV nicht genehmigt werden dürften, da die Antragstellerin selbst davon ausgehe, dass am Standort Völklingen ohnehin nur der Block MKV als Netzreservekraftwerk einsatzbereit sei. Die Aussage der Beteiligten ist insoweit zutreffend, dass aus der Übersicht „Kraftwerke zur Deckung des inländischen Netzreservebedarfs 2025/2026“ des Berichts der Bundesnetzagentur über die Netzreservebedarfsfeststellung für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2025 bis 31.05.2026, S. 23, hervorgeht, dass am Standort Völklingen nur ein Block, nämlich MKV, als einsatzbereit angenommen wird. Die Schlussfolgerung der Beteiligten, dass aus diesem Grund in Bezug auf einen oder beide Blöcke die Genehmigung nicht erteilt werden dürfe, greift jedoch nicht durch. Die Annahme der Übertragungsnetzbetreiber, die von Bundesnetzagentur bestätigt worden ist, trägt dem Umstand Rechnung, dass am Standort Völklingen faktisch jeweils nur ein Block betrieben werden kann, also entweder HKV oder MKV. Beide Anlagen sind gleichwohl systemrelevant und müssen in Betriebsbereitschaft gehalten werden, auch wenn sie gegenwärtig nicht parallel betrieben werden können. Das Bedürfnis, beide Blöcke an der Stilllegung zu hindern, begründet sich vor allem damit, dass laut der Antragstellerin vergleichsweise häufig mindestens ein Block ungeplant nicht verfügbar sei, insbesondere aufgrund von technischen Störungen. Durch Vorhaltung beider Anlagen in der Netzreserve ist es daher möglich, dass sich die Blöcke gegenseitig besichern und sich hierdurch die Wahrscheinlichkeit vergrößert, dass in der Regel mindestens eine Netzreserveanlage am Standort Völklingen verfügbar ist. Hierbei wird unterstellt, dass der Block mit der geringeren Netto-Nennleistung von beiden Anlagen, das ist MKV mit 179 MW, verfügbar ist, um keine Leistungswerte zu unterstellen, die am Kraftwerksstandort Völklingen gar nicht darstellbar sind, soweit der größere Block HKV mit 211 MW nicht verfügbar ist.

7.

Abzulehnen ist die Ansicht der Beteiligten, dass im Hinblick auf die Untersagung einer geplanten endgültigen Stilllegung im Sinne des § 13b Abs. 5 EnWG die Systemrelevanzausweisung eines Kraftwerks und eine hieran anschließende Genehmigungsentscheidung nur einmalig zulässig sei, mit der Folge, dass die hier in Rede stehende erneute Systemrelevanzausweisung der Antragstellerin zur Verlängerung des Stilllegungsverbots von HKV und MKV rechtswidrig sei und nicht genehmigt werden dürfe. Bei dieser Betrachtung würde das Interesse des Kraftwerksbetreibers an der Stilllegung seiner Anlage höher bewertet werden, als das öffentliche Interesse an der Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Diese Wertung lässt sich § 13b Abs. 5 EnWG gerade nicht entnehmen. Der Gesetzgeber hat vielmehr in § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG deutlich gemacht, dass ein Kraftwerksbetreiber an der Stilllegung seiner Anlage solange gehindert ist, wie der Bedarf nachgewiesen werden kann, dass die Anlage zur Absicherung des Netzbetriebs erforderlich ist.

Die Frage nach der Rechtmäßigkeit einer erneuten Systemrelevanzausweisung und -genehmigung eines Kraftwerks im Zusammenhang mit der Regelung über eine geplante endgültige Stilllegung gemäß § 13b Abs. 5 EnWG war bereits Gegenstand von zwei Beschwerden der Beteiligten vor dem OLG Düsseldorf gegen Genehmigungsbescheide der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG (vgl. Az: VI-3 Kart 88/21 [V] sowie VI-3 Kart 89/21 [V]). Im Anschluss an die mündliche Verhandlung vor dem OLG Düsseldorf in den genannten Verfahren am 13. September 2023 nahm die Beteiligte die Beschwerden zurück.

8.

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG die Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen hat, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

9.

Der Anregung der Beteiligten, die Genehmigungsentscheidung unter einer auflösenden Bedingung oder dem Vorbehalt eines Widerrufs zu erteilen, wird nicht gefolgt. Sollte die Beteiligte konkret darlegen, dass die bis zum 31.03.2031 geltenden Stilllegungsverbote von HKV und MKV die Investition in eine neue gasbefeuerte Anlage am Standort Völklingen vereiteln, ist zu gegebenem Zeitpunkt mittels der der Behörde eingeräumten verwaltungsrechtlichen Handlungsinstrumente zu entscheiden. Die Bundesnetzagentur betrachtet insoweit die vorhandenen verwahrungsverfahrensrechtlichen Handlungsinstrumente als ausreichend. Anhaltspunkte, dass insofern durch einen Widerrufsvorbehalt dem Entstehen eines Vertrauenstatbestands Dritter vorgebeugt werden müsste, sieht die Bundesnetzagentur nicht.

Die Errichtung und der Betrieb einer neuen Erzeugungsanlage mit vergleichbarer Nettonennleistung bedeutete einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Die Bundesnetzagentur wird daher die Realisierung eines Neubauvorhabens mit einer emissionsärmeren Technologie konstruktiv begleiten und keine Maßnahmen ergreifen, die darauf gerichtet sind, das Vorhaben zu erschweren. Eine neue Anlage, die an den Strommärkten eingesetzt wird, vergrößert gleichfalls das Redispatchpotential im Sinne des § 13a EnWG und stellt somit einen wesentlichen Baustein für die Gewährleistung der Netzsicherheit dar, auch vor dem Hintergrund, dass die Vorhaltung von ausreichend Redispatchpotential bis auf weiteres erforderlich sein wird.

10.

Die Beteiligte erhält eine Abschrift des Bescheides.

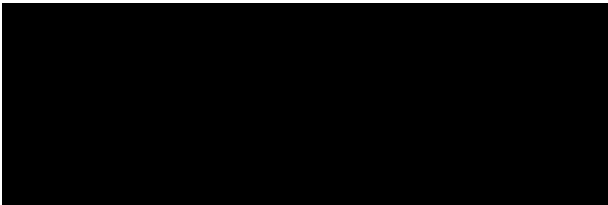
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Im Auftrag



(Referat 626 - Versorgungssicherheit Strom)